



Deutscher Bundestag 16. Wahlperiode

Rundblick durchs Parlament 2
Kollegiale Balance – das Präsidium 8
Der Bundestag im Vergleich 13
In vorderster Front – Fraktionsvorsitzende 14
Wahlstatistik 20

www.bundestag.de

Sonderthema



Der Deutsche Bundestag in der 16. Wahlperiode

Rundblick durchs Parlament

Nach den vorgezogenen Wahlen 2005 präsentiert sich der neue Bundestag mit vielen neuen Mitgliedern, einer weiteren Fraktion und einer leicht gestiegenen Mandatszahl. Nach dem amtlichen Endergebnis sitzen im 16. Deutschen Bundestag 614 Abgeordnete, 420 Männer und 194 Frauen. Das sind elf Parlamentarier mehr als im 15. Bundestag bei seinem Zusammentreten vor drei Jahren. Da die Nachfolgerin der PDS unter dem Namen „Die Linke.“ den Einzug ins Parlament schaffte, sind wie vor sieben Jahren wieder fünf Fraktionen vertreten. Der Anteil der Frauen ist mit 31,6 Prozent ein wenig zurückgegangen.

2 16. Wahlperiode

Eigentlich setzt sich das Parlament je zur Hälfte aus den 299 in den Wahlkreisen direkt gewählten Kandidaten und einer gleichen Zahl Abgeordneten zusammen, die die Parteien über ihre Landeslisten in den Bundestag schicken. Das wären jedoch nur 598 Mitglieder. Die zusätzlichen 16 Sitze im Bundestag beruhen auf den Überhangmandaten, die in einigen Bundesländern auf die SPD und auf die CDU entfielen.

Eines ihrer Überhangmandate erhielt die CDU bei der Nachwahl in Dresden (Wahlkreis 160). Das hatte zur Folge, dass der CDU-Kandidat mit dem berühmten Namen Cajus Julius Caesar seine Wiederwahl verpasste, obwohl er nach dem vorläufigen Endergebnis am 19. September über die nordrhein-westfälische Landesliste seiner Partei gerade noch ins Parlament gerutscht war. Caesar musste sein Mandat an die Parteifreundin Anette Hübinger aus dem Saarland abgeben – eine Auswirkung des Verfahrens, nach dem die Zweitstimmen auf die einzelnen Landeslisten verrechnet werden.

Der Forstingenieur Caesar, der bei seinem Einzug in den Bundestag 1998 seinen damaligen Fraktionschef Wolfgang Schäuble erst durch Vorlage seines Personalausweises von der Echtheit seines Namens überzeugen konnte, ist einer von rund 150 Abgeordneten, die den Bundestag nach der Wahl 2005 freiwillig oder unfreiwillig verlassen haben. Bei der SPD etwa hatte der ehemalige Parteivorsitzende und Minister Rudolf Scharping nicht mehr kandidiert, ebenso der langjährige Erste Parlamentarische Geschäftsführer Wilhelm Schmidt. Auch einige der prominentesten Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion hatten auf eine Wiederwahl verzich-



Der erste Tag: Ausgabe der vorläufigen Abgeordnetenenausweise, der vorläufigen Bahnkarte und von Informationsmaterial an neue Abgeordnete.

tet, etwa der ehemalige Verteidigungsminister Volker Rühle, der frühere Vorsitzende der CSU-Landesgruppe und Postminister Wolfgang Bötsch oder der Minister für Abrüstung und Verteidigung der letzten DDR-Regierung, Rainer Eppelmann. Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gaben neben anderen die langjährige Vizepräsidentin des Bundestages, Antje Vollmer, und der frühere Fraktionschef Rezzo Schlauch ihr Mandat freiwillig auf. Im Kampf um die Wiederwahl unterlegen waren zum Beispiel die frühere Ministerin Claudia Nolte und DDR-Bürgerrechtler Günter Nooke, beide von der CDU/CSU-Fraktion.

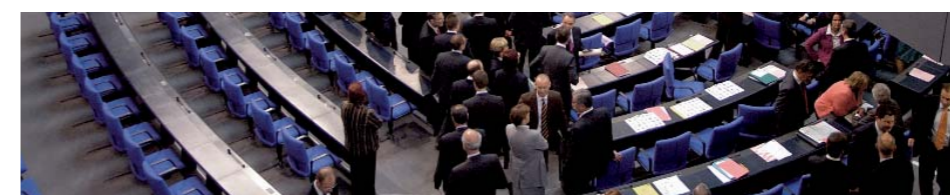
Überhangmandate bei Bundestagswahlen

Aufgeschlüsselt nach Parteien und Bundesländern von 1949 bis 2005

Wahljahr	1949	1953	1957	1961	1980	1983	1987	1990	1994	1998	2002	2005
Baden-Württemberg	1 CDU							1 CDU		2 CDU		3 CDU
Brandenburg									3 SPD	3 SPD		3 SPD
Bremen	1 SPD					1 SPD			1 SPD			
Hamburg		1 DP*				1 SPD				1 SPD	1 SPD	1 SPD
Mecklenburg-Vorpommern								2 CDU	2 CDU	2 SPD		
Saarland				1 CDU								1 SPD
Sachsen									3 CDU		1 CDU	4 CDU
Sachsen-Anhalt								3 CDU	2 CDU	4 SPD	2 SPD	4 SPD
Schleswig-Holstein		2 CDU	3 CDU	4 CDU	1 SPD							
Thüringen								1 CDU	3 CDU	3 SPD	1 SPD	
Gesamt	1 CDU 1 SPD	2 CDU 1 DP*	3 CDU	5 CDU	1 SPD	2 SPD	1 CDU	6 CDU	12 CDU 4 SPD	13 SPD	4 SPD 1 CDU	9 SPD 7 CDU

* Deutsche Partei

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung / Bundeswahlleiter



Überhangmandat

Überhangmandate entstehen, wenn eine Partei in einem Bundesland mehr Direktmandate durch Erststimmen erhält, als ihr aufgrund des erzielten Anteils an Zweitstimmen zustehen.

So könnte es vorkommen, dass eine Partei aufgrund ihres Zweitstimmenanteils in einem Bundesland 11 Abgeordnete in den Bundestag entsenden darf.

Haben nun aber 13 Kandidaten dieser Partei per Erststimme ein Direktmandat in dem Bundesland errungen, wird das Kontingent übertroffen.

Da die Direktmandate aber feststehen, entfallen auf diese Partei zwei Überhangmandate, die die Gesamtzahl der Bundestagsitze erhöhen.



Angela Merkel mit Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen).



Disput im Plenarsaal: Gregor Gysi (Die Linke.) und Guido Westerwelle (FDP).



Immer informiert: Die Sonderausgabe von „Kürschners Volkshandbuch“.

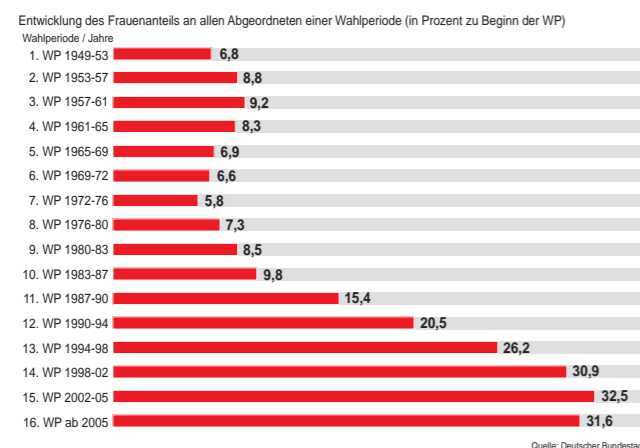


Abstimmung während der konstituierenden Sitzung des 16. Deutschen Bundestages.

So Katrin Göring-Eckardt, jetzt Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages: Das Gründungsmitglied von „Demokratie jetzt“ und „Bündnis 90“ arbeitet in der Landtagsfraktion ihrer Partei in Thüringen als Referentin für Frauenpolitik, Familie und Jugend, wird Landessprecherin und Beisitzerin im Bundesvorstand. Von 1995 bis 1998 lernt sie den Bundestag als Mitarbeiterin des Abgeordneten Matthias Berninger kennen und schafft 1998 den Übergang zum eigenen Mandat. Vier Jahre später ist sie bereits Vorsitzende ihrer Fraktion.

Seiteneinsteiger aus politikfernen Berufen sind dagegen selten. Konrad Schily, Arzt und Gründer der Privatuniversität Witten/Herdecke, ist so einer. Er tritt im Jahre 2005 der FDP bei und kommt noch im selben Jahr über die Landesliste der FDP in den Bundestag. Schily, Bruder des bisherigen Bundesinnenministers, gehört als Arzt einer winzigen Minderheit im Bundestag an. Dagegen treffen Juristen allenthalben Berufskollegen. Jedes fünfte Mitglied des Bundestages ist Jurist, versteht also etwas von Gesetzen, was bei einem Gesetzgebungsorgan kein Nachteil sein muss. Der strukturelle Wandel der Erwerbsgesellschaft spiegelt sich auch im Parlament: Bergleute sind nicht mehr vertreten, ebenso wenig Drucker. Und ganze drei Landwirte sitzen noch im Bundestag.

Weibliche Abgeordnete im Bundestag



Viele Abgeordnete werden wohl nie mehr in ihren früheren Beruf zurückkehren, auch wenn sie diesen im Amtlichen Handbuch des Bundestages angeben und sich nicht wie die SPD-Parlamentarierin Uta Zapf eben schlicht als „Abgeordnete“ bezeichnen. Kaum einem lässt das Mandat noch Raum, um nebenher einen Beruf auszuüben. Ein Handwerksmeister wie Ernst Hinsken (CDU/CSU) sagt, er schaffe es kaum, in seinem Betrieb nach dem Rechten zu schauen. Er sei auf gute Mitarbeiter und „eine tüchtige Ehefrau“ angewiesen, erklärt der Bäckermeister und Konditor.

Stolz ist Hinsken darauf, auch dieses Mal in seinem Wahlkreis Straubing mit 68,0 Prozent das beste Erststimmenergebnis aller Direktkandidaten erreicht zu haben. Bei den Sozialdemokraten liegen drei Abgeordnete aus dem Stammland der SPD, dem Ruhrgebiet, ganz vorn. An der Spitze Johann-Andreas Pflug im Wahlkreis Duisburg II mit 61,6 Prozent. Die meisten Zweitstimmen holte die SPD im Wahlkreis Aurich-Emden mit 55,9 Prozent, während die CDU im nicht weit entfernten Wahlkreis Cloppenburg mit 57,2 Prozent auf ihr bestes Zweitstimmenergebnis kam. Der Gegensatz zwischen den beiden niedersächsischen Wahlkreisen verweist auch auf die traditionelle Stärke der Union in katholisch geprägten Gegenden (Cloppenburg), während die SPD in mehrheitlich protestantischen Landstrichen (wie Aurich-Emden) häufig stärkste Kraft ist.

Politische Familien

Einen großen persönlichen Erfolg verbuchte der Berliner Hans-Christian Ströbele. Er holte wie schon vor drei Jahren für Bündnis 90/Die Grünen das einzige Direktmandat und verbesserte dabei seinen Stimmenanteil um über zehn Punkte auf 43,3 Prozent. Für Die Linke. haben Petra Pau und Gesine Lötzsch ihre Berliner Direktmandate verteidigt. Beide saßen im 15. Deutschen Bundestag noch als fraktionslose Abgeordnete. Ihren dritten Wahlkreissieg verbuchte die neue Fraktion ebenfalls in Berlin: Fraktionschef Gregor Gysi gewann in Treptow-Köpenick.

Ströbele, Jahrgang 1939, ist das älteste Mitglied seiner Fraktion, die mit 46,3 Jahren drei Jahre unter dem Altersdurchschnitt des neuen Bundestages liegt. Die Durchschnittsmarke von 49,3 Jahren hat sich gegenüber der vergangenen Wahlperiode nicht verändert. Die beiden großen Fraktionen liegen knapp über dem Altersdurchschnitt, Die

Linke. unterbietet ihn leicht mit 48,4 Jahren. Die FDP-Fraktion, die vor drei Jahren zusammen mit der SPD noch das höchste Durchschnittsalter aufwies, hat sich deutlich verjüngt. Mit 47,5 liegen die Freidemokraten nur noch ein gutes Jahr über den Grünen.

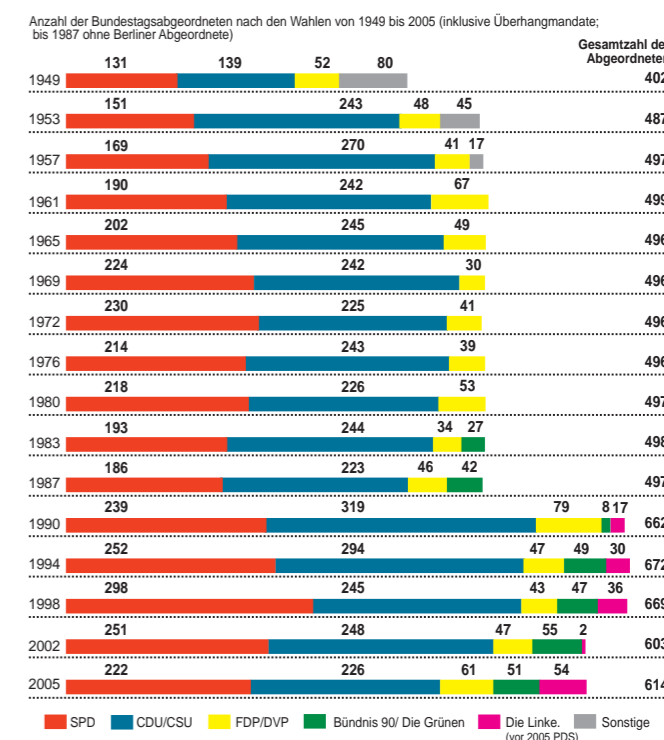
Deren Altersdurchschnitt hat vor allem Anna Lührmann, Jahrgang 1983, gesenkt, die nach drei Jahren im Bundestag immer noch die jüngste Abgeordnete ist. Zwischen ihr und Alterspräsident Otto Schily, Jahrgang 1932, liegt mehr als ein halbes Jahrhundert. Beim Altersdurchschnitt herrscht seit 1949 Kontinuität: Schon zu Beginn der ersten Wahlperiode lag er mit genau 50 Jahren sehr nahe beim aktuellen Durchschnittswert von 49,3. Otto Schily und sein Bruder Konrad bilden das zweite Bruderpaar im Bundestag. Schon 2002 hatte Volker Kauder, nun Vorsitzender der CDU/CSU-



Mandat

Mandat bedeutet in wörtlicher Übersetzung Auftrag. Die Mandatsträger, die durch das Votum der Bürgerinnen und Bürger in den Bundestag gewählt sind, sind Beauftragte des Volkes. Die Ausübung ihres Mandates ist also die Erfüllung eines Wählerauftrages. Das freie Mandat in den modernen demokratischen Verfassungen bedeutet, dass die Abgeordneten nur ihrem eigenen Gewissen unterworfen sind und keinen speziellen Weisungen zu folgen haben. Das Mandat für den Bundestag ist zeitlich begrenzt. Seine Gültigkeit erlischt mit der Konstituierung eines neuen Bundestages.

Mandate nach Parteien von 1949 bis 2005





Kollegiale Balance

Das Präsidium des Deutschen Bundestages

Das Präsidium des Deutschen Bundestages besteht aus dem Bundestagspräsidenten und den Vizepräsidenten. Es vereint Frauen und Männer aus allen Regionen Deutschlands, Vertreter der Koalition und der Opposition in einer gemeinsamen Aufgabe. Der Bundestagspräsident und seine Stellvertreter leiten abwechselnd die Plenarsitzungen und sind schon durch diese wichtige Funktion für die Bürger die sichtbaren Repräsentanten des Parlaments.

Schon im Reichstag der Weimarer Republik nominierte die stärkste Fraktion den Parlamentspräsidenten – so ist es auch im Bundestag. Nach der Wahl 2005 stellt die CDU/CSU den Präsidenten. Nach der Geschäftsordnung soll jede Fraktion mit mindestens einem Vizepräsidenten im Präsidium vertreten sein. Die CDU/CSU stellt neben dem Präsidenten noch einen Stellvertreter. Der SPD, die mit ihrer Mandatszahl nur knapp hinter der CDU/CSU liegt, wurden zwei Vizepräsidenten zugestanden. Die drei anderen Fraktionen entsenden je ein Mitglied in die Leitung des Parlaments.

Allerdings ist die Fraktion Die Linke noch nicht im Präsidium vertreten, nachdem die Wahl ihres Kandidaten Lothar Bisky viermal gescheitert ist.

Präsident und Vizepräsidenten werden geheim für die Dauer der gesamten Wahlperiode gewählt, also in der Regel für vier Jahre. Sie können nicht abgewählt werden, was ihre übergreifende Funktion und ihre Neutralität zusätzlich stärkt.

Primus inter Pares

Das Präsidium tagt in jeder Sitzungswoche und versteht sich als kollegiales Beratungsorgan. Das Präsidium wirkt mit bei Personalfragen der Verwaltung, es genehmigt Delegationsreisen und befasst sich mit Fragen der Sitzungsleitung. Zudem berät es über die Öffentlichkeitsarbeit des Bundestages.

Der Präsident vertritt den Bundestag nach außen. Protokollarisch ist er nach dem Bundespräsidenten der zweithöchste Repräsentant der Bundesrepublik. Im Namen des Bundestages vereidigt er den Bundespräsidenten, den Bundeskanzler und die Bundesminister. An ihn werden sämtliche Gesetzentwürfe und Eingaben gerichtet. Er ist oberster Dienstherr der Bundestagsmitarbeiter und übt das Hausrecht und die Polizeigewalt in den Parlamentsgebäuden aus. Als Repräsentant des Bundestages hat er zahlreiche politische und gesellschaftliche Verpflichtungen. Er pflegt Kontakte zu

ausländischen Parlamenten und gesellschaftlichen Gruppen in Deutschland und wird zu Staatsempfängen und anderen wichtigen Anlässen eingeladen. Zwar hat der Bundestagspräsident rein rechtlich mehr Kompetenzen als seine Stellvertreter. In der Praxis jedoch ist er Primus inter Pares, erster unter Gleichen. Das heißt, in allen wichtigen Fragen wird er seine Kollegen im Präsidium konsultieren und sich stets um Konsens bemühen.

Präsidium des 16. Deutschen Bundestages (zurzeit ohne Die Linke.)

Bundestagspräsident
Norbert Lammert (CDU/CSU)

Vizepräsidenten
Wolfgang Thierse (SPD)
Gerda Hasselfeldt (CDU/CSU)
Susanne Kastner (SPD)
Hermann Otto Solms (FDP)
Katrin Göring-Eckardt
(Bündnis 90/Die Grünen)

Mehr Informationen:
www.bundestag.de/parlament/praesidium

Norbert Lammert (CDU/CSU)

Lieber Florett als Säbel

Er stammt aus der Stadt „tief im Westen, wo die Sonne verstaubt“, wie sein Lieblingsänger Herbert Grönemeyer singt. Norbert Lammert, der neue Bundestagspräsident, ist 1948 in Bochum geboren, und er ist stolz auf seine Heimat. Sein „stärkstes Stück Ruhrgebiet“ ist allerdings – wie es auf seiner Internetseite heißt – nicht seine Geburtsstadt, sondern seine Frau Gertrud, mit der er seit 1971 verheiratet ist und vier Kinder hat.

Sein politisches Interesse wird sehr früh im Elternhaus und in der Schule geweckt. Als 16-Jähriger tritt er der Jungen Union bei, zwei Jahre später der CDU. An die Politik als Beruf denkt er damals aber noch nicht. Vielmehr spielt er in jungen Jahren mit dem Gedanken, Musiker oder Fußballer zu werden. Heute gesteht er, der Politik habe er sich erst stärker zugewendet, als er einsehen musste, dass seine Begeisterung für den Sport und die Kunst „als Grundlage für einen Beruf vermutlich nicht ausreichen würde“.

So beginnt er nach seinem Studium der Sozialwissenschaften und der Promotion eine politische Laufbahn, die den damals 27-Jährigen 1975 zunächst in den Bochumer Stadtrat führt. Der stellvertretende Kreisvorsitz in der Partei und der stellvertretende Landesvorsitz in der Jungen Union kommen hinzu. Sein Geld verdient der junge Familienvater als freiberuflicher Dozent in der Erwachsenen- und Weiterbildung sowie als Lehrbeauftragter für Politikwissenschaft.

Mit der Wahl in den Bundestag 1980 wird die Politik endgültig zur Hauptsache. Schon nach drei Jahren wird er stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung. 1989 beruft Helmut Kohl ihn in die Regierung. Als Parlamentarischer Staatssekretär unterstützt er zunächst den Bundesbildungsminister, dann den Wirtschaftsminister und bis zum Ende der Regierung Kohl den Verkehrsminister. Fast vier Jahre lang ist er auch der Koordinator der Bundesregierung

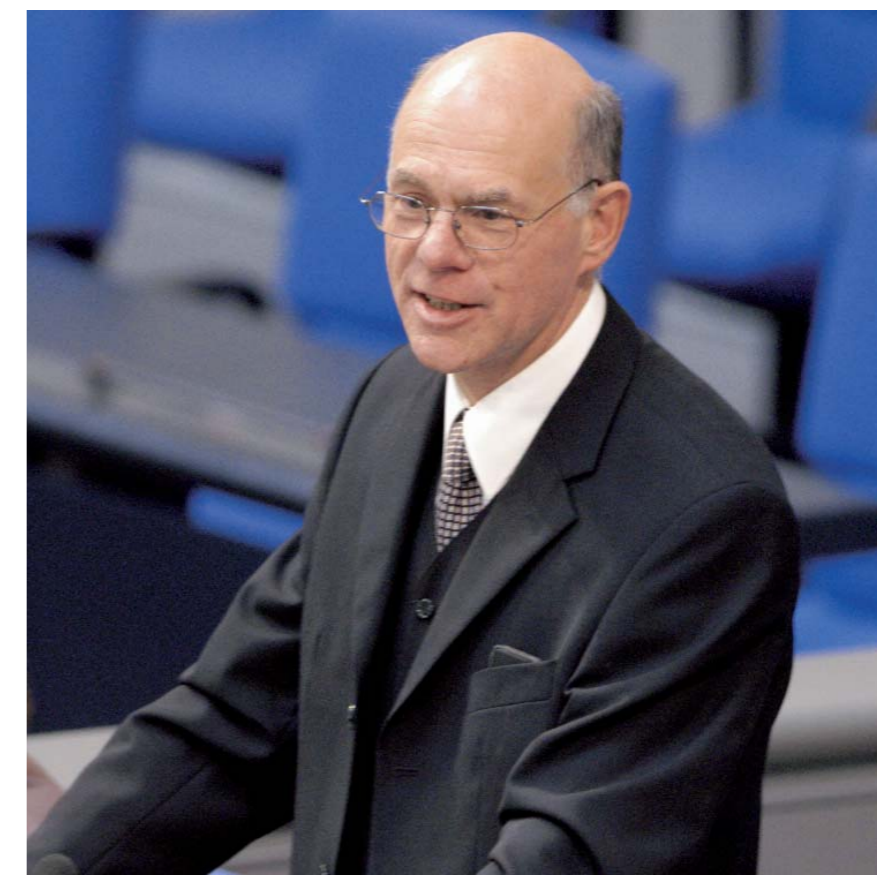
für die Luft- und Raumfahrt. Parallel dazu übernimmt er eine herausgehobene Verantwortung in der Partei. 1986 wird er Vorsitzender der CDU im Ruhrgebiet und Mitglied des Landesvorstandes, dann auch stellvertretender Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen, wo sich viele Parteimitglieder Norbert Lammert als Ministerpräsidenten gut vorstellen können. Doch 1994 unterliegt er in einer Urabstimmung der Parteimitglieder über die Spitzenkandidatur gegen den damaligen Fraktionschef im Landtag, Helmut Linssen.

1998 verliert die CDU/CSU die Bundestagswahl und damit ihre Regierungsmehrheit. Lammert konzentriert sich im Bundestag auf die Arbeit in der CDU-Landesgruppe Nordrhein-Westfalen, deren Vorsitz er seit 1996 innehat. Gleichzeitig vertritt er seine Fraktion nun als kultur- und medienpoli-

tischer Sprecher – ein Aufgabenfeld, das seinen Neigungen besonders entgegenkommt. Nach der Bundestagswahl 2002 nominiert seine Fraktion ihn für das Amt des Vizepräsidenten des Bundestages. Als „Ein-Mann-Kompetenzteam der Union“ charakterisiert ihn eine Zeitung zur Bundestagswahl 2005.

Drei Jahre später steht er an der Spitze des deutschen Parlaments. Wie Norbert Lammert seine politischen Aufgaben angeht, hat er einmal in einem Interview mit einem Vergleich aus der Welt des Sports deutlich gemacht: „Ich bin eher ein Anhänger des Floretts als des Säbels, aber beides sind olympische Sportarten, und ich respektiere, dass es auch viele Anhänger des Säbels gibt.“

Mehr zur Person:
www.norbert-lammert.de





Wolfgang Thierse (SPD) Berliner mit Bodenhaftung

re seiner Kollegen im Präsidium, aus einem politischen Elternhaus. Sein Vater, ein Rechtsanwalt, war Kreistagsabgeordneter der Ost-CDU.

Wolfgang Thierse wäre gern Journalist geworden. Doch dieser Beruf bleibt dem Katholiken, der nicht an der Jugendweihe teilgenommen hat, in der DDR verwehrt. So erlernt er zunächst das Schriftsetzerhandwerk, studiert später Germanistik und Kulturwissenschaft. Er verliert eine Stelle im Kulturministerium, weil er sich weigert, Künstler anzuschwärzen und zudem darüber auch noch „unbotmäßige Reden“ führt. Aber er hat Glück und findet an einem Institut für Literaturgeschichte als Mitverfasser eines historischen Wörterbuchs eine „geräumige Nische“.

Anfang Oktober 1989 schließt sich Wolfgang Thierse der Oppositionsgruppe Neues Forum an, im Januar 1990 der Sozialdemokratischen Partei

der DDR. Hier wird man schnell auf ihn aufmerksam. Er zieht in die erste frei gewählte Volkskammer ein und steigt zum Partei- und dann auch zum Fraktionsvorsitzenden auf. In der vereinigten SPD hat der glänzende Redner immer Positionen in der engeren Partei- und Fraktionsführung inne, nach Ansicht von Journalisten ist er das – manchmal unbequeme – „Mundwerk der Ostdeutschen“. 1998 wird er als erster Ostdeutscher zum Präsidenten des Bundestages gewählt und 2002 in dem Amt bestätigt. Auch in diesem Amt lässt er sich von seinem „ausgeprägten Gefühl für Gerechtigkeit“ leiten. Das bedeutet auch, es nicht immer allen recht zu machen.

i Mehr zur Person:
www.thierse.de

Gerda Hasselfeldt (CDU/CSU) Mit Politik aufgewachsen

Sie ist mit der Politik groß geworden. Ihr Vater Alois Rainer, ein niederbayerischer Gastwirt, Metzgermeister und Landwirt, war außerdem Bürgermeister, Mitglied des Landtags und 18 Jahre lang Mitglied des Bundestages. Die gleiche Zeitspanne hat nun auch seine Tochter Gerda Hasselfeldt im Bundestag zurückgelegt.

Die neue Vizepräsidentin des Bundestages, Jahrgang 1950, wächst mit fünf Geschwistern im Landkreis Straubing-Bogen auf. Da der Vater viel Zeit in die Politik steckt, ist die Hilfe der Familie im Betrieb notwendig. Gerda kümmert sich um die Buchhaltung und arbeitet neben dem Besuch des Gymnasiums mit in der Gastwirtschaft und der Landwirtschaft. Sie studiert Volkswirtschaft und findet nach dem Diplom eine Anstellung bei der Bundesanstalt für Arbeit.

Als 19-Jährige ist sie der Partei ihres Vaters, der CSU, beigetreten, engagiert sich in der Jungen Union, der Kommunalpolitik und in der Frauen-Union, deren Landesvorsitzende sie 1991 wird. Schon 1987 rückt sie für Franz Josef Strauß, der nach der Wahl auf sein Mandat verzichtet, in den Bundestag nach. Gerda Hasselfeldt bringt im Ausschuss für Arbeit und Soziales ihre Berufserfahrung ein und arbeitet bei der Gesundheitsreform von Minister Norbert Blüm mit.

Bei der Regierungsumbildung vom April 1989 wird sie zur Bundesministerin für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau berufen. Nach der Bundestagswahl 1990 übernimmt sie für zwei Jahre die Führung des Gesundheitsministeriums, in dem sie sich gegen den Widerstand der mächtigen Interessengruppen um Fortschritte bei den Reformen bemüht. Danach wird es vorü-



bergehend stiller um sie, doch schon 1995 wird sie zur finanzpolitischen Sprecherin ihrer Fraktion berufen. Im Oktober 2002 rückt sie als stellvertretende Vorsitzende in die engere Fraktionsführung auf und ist dort für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Energiepolitik, Kommunalpolitik und Tourismus zuständig.

i Mehr zur Person:
www.hasselfeldt.de



Susanne Kastner (SPD) Dialog mit der Jugend

auf dem zweiten Bildungsweg eine Ausbildung zur Religionspädagogin und arbeitet bis 1989 an einer Grund- und Hauptschule.

Sie engagiert sich zunächst in der Kommunalpolitik, wird Gemeinde- und Kreisrätin. Als Kassiererin ihres Ortsvereins besucht sie die Mitglieder noch persönlich, knüpft dabei Verbindungen und wird bekannt. Sie rückt 1989 in den Bundestag nach und wird tourismuspolitische Sprecherin ihrer Fraktion.

1998 wird Susanne Kastner Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion, vier Jahre später Vizepräsidentin des deutschen Parlaments. Ihren Schwerpunkt sieht sie in der Arbeit mit jungen Menschen. „Es ist entscheidend, dieser Generation den Wert der parlamentarischen Demokratie zu vermitteln, damit sich die Jugendlichen für sie stark machen.“

Die Auseinandersetzung über Politik hat sie zu Hause in Franken gelernt. Der Vater, ihr großes Vorbild, war CSU-Mitglied und machte es ihr bei allem Streit dennoch leicht, sich politisch abzubauen und 1972 der SPD beizutreten. Susanne Kastner, Jahrgang 1946, durchläuft nach der mittleren Reife eine Ausbildung zur Erzieherin. Nach der Geburt der drei Kinder und dem Studium ihres Mannes absolviert sie

Ende 1989 erreicht sie der Hilferuf eines deutschen Arztes aus einem Krankenhaus in der rumänischen Stadt Arad und sie wird aktiv. Sie gründet eine Hilfsorganisation und betreibt als Vorsitzende der Deutsch-Rumänischen Parlamentariergruppe „Lobbyarbeit im allerbesten Sinne“. Dafür hat ihr die Universität von Arad die Ehren doktorwürde verliehen und die Stadt Lipova hat sie zur Ehrenbürgerin ernannt.

Aufgrund von persönlichen Begegnungen und Gesprächen ist ihr ebenso der Ausbau parlamentarischer Kontakte mit Afrika wichtig: „Ich werde mich nicht damit abfinden, Afrika als vergessenen Kontinent zu bezeichnen. Deshalb möchte ich dort als Vizepräsidentin aktiv werden.“

i Mehr zur Person:
www.susanne-kastner.de

Hermann Otto Solms (FDP) „Gelernter“ Vizepräsident

Er sei, so meint er im Scherz, „der einzige gelernte Vizepräsident“ im Bundestag. Denn er hat das parlamentarische Handwerk in den 70er Jahren als persönlicher Referent bei Bundestagsvizepräsidentin Liselotte Funcke gelernt.

Hermann Otto Solms stammt aus einem uralten hessischen Adelsgeschlecht, doch darauf gibt es auf seiner Homepage keinen Hinweis. Wohl aber die Bilder, die Christine, eine seiner drei Töchter, gemalt hat und Fotos, die ihn auf dem Motorrad zeigen. Außerdem ist dort viel über Finanzpolitik zu finden, denn Solms ist leidenschaftlicher Finanzpolitiker und eine radikale Steuerreform ist für ihn „geradezu ein Herzenswunsch“.

Solms wird 1940 in Lich im Kreis Gießen geboren. Sein Vater fällt im Zweiten Weltkrieg. Nach Abitur, Wehrdienst und Banklehre studiert er Wirt-

schaftswissenschaften und Landwirtschaft. 1969 legt er die Diplomprüfung als Volkswirt ab, 1975 promoviert er als Agrarwissenschaftler. Seine „Bundestagslehrzeit“ bei Liselotte Funcke, der Vizepräsidentin und Vorsitzenden des Finanzausschusses, führt ihn noch nicht direkt in die Politik. Zwar ist er seit 1971 FDP-Mitglied, wird auch Kreisvorsitzender und 1975 Mitglied des Landesvorstands. Zunächst aber versucht er sich als Unternehmer, gründet 1976 eine Firma, die zunächst Videospiegelgeräte, später CAD-Entwicklungssysteme herstellt.

1980 wird er in den Bundestag gewählt und arbeitet im Finanzausschuss. Er wird stellvertretender Fraktionschef und Schatzmeister der FDP, 1991 Vorsitzender der Fraktion. Das war nach seinen Worten sein schönster Job, weil er konfrontativ und aufregend, gestaltend und produktiv war.



1998 übergibt er den Fraktionsvorsitz an den Parteivorsitzenden Wolfgang Gerhardt und wird ins Präsidium des Bundestages gewählt.

i Mehr zur Person:
www.hermann-otto-solms.de

Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen)

Aus zwei Welten

Als eine der ersten Frauen in der DDR setzte sie es durch, einen Doppelnamen führen zu dürfen. Mit Emanzipation habe das aber weniger zu tun, sondern mit Werten, soll sie Gerhard Schröder einmal erklärt haben. „Oder würden Sie gerne heißen wie der Reichsmarschall?“, fragte sie den damaligen Kanzler.

Katrin Göring-Eckardt wird 1966 im Thüringer Wald geboren. Ihre Eltern haben eine eigene Tanzschule, gelten als Selbstständige in der DDR als suspekt. So wächst die Tochter in „zwei Welten“ auf, der Welt da draußen und der zu Hause. In der Welt zu Hause gibt es Westfernsehen, Tango, Walzer und Cha-Cha-Cha und einen Vater, der den CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß verehrt.

Die junge Frau engagiert sich in der kirchlichen Opposition und beginnt ein Theologiestudium. 1989 gehört sie

zu den Gründungsmitgliedern von „Demokratie jetzt“ und „Bündnis 90“. Sie wird Referentin für Frauenpolitik, Familie und Jugend der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen in Thüringen, steigt in die Landesvorstände von „Demokratie jetzt“ und „Bündnis 90“ auf und arbeitet an der Vereinigung von „Bündnis 90“ und „Grünen“ mit. Von 1995 bis 1998 ist sie Thüringer Landesvorsitzende der vereinigten Partei und wird 1996 in den Bundesvorstand gewählt. Gleichzeitig lernt sie von 1995 bis 1998 das Abgeordnetenhandwerk als Mitarbeiterin des Bundestagsabgeordneten Matthias Berninger.

Als diese Aufgabe 1998 nahtlos in ein Abgeordnetenmandat einmündet, bekommt ihre politische Karriere einen weiteren Schub. Sie wird auf Anhieb Parlamentarische Geschäftsführerin und gesundheits- und rentenpolitische



Sprecherin ihrer Fraktion, um schließlich 2002 als eine von zwei Vorsitzenden an die Spitze der Fraktion gewählt zu werden. Nach der Wahl 2005 räumt sie ihren Platz und wird eine der jüngsten Vizepräsidentinnen in der Geschichte des Bundestages.

i Mehr zur Person:
www.goering-eckardt.de

Die Linke.

Vorerst kein Vizepräsident



on Die Linke., Lothar Bisky, in insgesamt vier Wahlgängen nicht die notwendige Mehrheit erreichte, kündigte die Fraktion an, auf unbestimmte Zeit keinen neuen Wahlgang beantragen zu wollen.

Im ersten Wahlgang bei der konstituierenden Sitzung am 18. Oktober hatten 225 Abgeordnete für Bisky gestimmt, 312 gegen ihn. Damit hatte er die hier notwendige „Mehrheit der Mitglieder des Bundestages“ klar verfehlt. Diese so genannte absolute Mehrheit wird erreicht, wenn mindestens 308 der insgesamt 614 Mitglieder des 16. Bundestages dem Antrag zustimmen.

Diese Mehrheit kam auch im zweiten Wahlgang nicht zustande, obwohl hier die Ja-Stimmen (282) die Nein-Stimmen (235) deutlich überwogen. Für den dritten Wahlgang beschloss der Bundestag, die relative Mehrheit

– die einfache Mehrheit der gültigen Stimmen – gelten zu lassen, die Bisky ja im zweiten Wahlgang bereits erreicht hatte. Doch im dritten Wahlgang verpasste der Kandidat auch diese Mehrheit knapp. Mit Ja stimmten 248, mit Nein 258 Abgeordnete.

Nach einer Pause von drei Wochen stellte sich Bisky am 8. November ein weiteres Mal zur Wahl. In diesem vierten Wahlgang verfehlte er die relative Mehrheit bei 249 Ja-Stimmen und 310 Nein-Stimmen deutlich. Er erklärte anschließend, er habe verstanden, dass eine Mehrheit nicht wolle, dass er den Bundestag repräsentiere. Dies müsse er als Demokrat akzeptieren.

i Informationen der Fraktion Die Linke.:
www.linksfraktion.de

„Der Bundestag gilt als Vorbild“

Der Dresdner Politikwissenschaftler Professor Werner Patzelt über das Profil und die Stellung des Bundestages im internationalen Vergleich



Blickpunkt Bundestag: Herr Professor Patzelt, Sie sind Fachmann für den internationalen Vergleich von Regierungen und Parlamenten. Wenn Sie den Bundestag mit den Volksvertretungen anderer demokratischer Staaten vergleichen, was fällt Ihnen da auf?

Werner Patzelt: Der Bundestag ist ein einflussreiches Parlament und gilt nach Ausstattung und Arbeitsweise als vorbildlich. Seine Funktionen der Regierungsbildung, Regierungskontrolle und Gesetzgebung erfüllt er im internationalen Vergleich sehr gut.

Blickpunkt: Bei den letzten beiden Bundestagswahlen hat sich im deutschen Parlament eine starke Umschichtung vollzogen. Jetzt hat jedes zweite Mitglied höchstens sieben Jahre Bundestagerfahrung. Gibt es einen solchen starken personellen Wandel auch in anderen Parlamenten?

Patzelt: In gefestigten Regierungssystemen vollzieht sich der personelle Wandel von Parlamenten meist moderat, doch immer wieder in Schüben. Diese werden hervorgerufen durch das Auf- und Abtreten einer stark politisierten Generation oder durch Verschie-

bungen im Wahlverhalten. Letzteres erlebten wir unlängst. Im Vergleich ist auch der neue Bundestag ein stabiles und kontinuierstarkes Parlament.

Blickpunkt: Im Bundestag sind Juristen, Lehrer und Angehörige anderer Dienstleistungsberufe stark repräsentiert. Vertreter der Wirtschaft sind eher selten. Ist das auch im Ausland so?

Patzelt: Ja. Voraussetzung einer Abgeordnetenkarriere ist meist eine überdurchschnittliche Schulbildung zusammen mit beruflicher Abkömmlichkeit und großen, selbst gestaltbaren Zeitbudgets. Das privilegiert Anwälte, Lehrer und politiknahe Angestellte und benachteiligt Nichtakademiker sowie Selbstständige.

Blickpunkt: Es fällt auf, dass immer mehr junge Abgeordnete ihren Beruf als Mitarbeiter von Abgeordneten gelernt haben. Ist dieser Trend auch in den anderen Staaten spürbar?

Patzelt: Zwar gibt es da noch viele Unterschiede. Doch grundsätzlich sind die technischen Seiten des Abgeordnetenberufs immer professioneller geworden, was die an Kandidaten gerichteten Erwartungen wachsen lässt. Auch haben überall die Parteien an Mitgliedern außerhalb der quasi-professionellen Aktivisten verloren. Das alles verbessert die Chancen derer, die im engsten Umfeld von Abgeordneten das Know-how erlernen und die zur Nominierung nötigen Netzwerke knüpfen können.

Blickpunkt: Der Frauenanteil im Bundestag stagniert bei etwas über 30 Prozent. Können die deutschen Politikerinnen vom Ausland lernen, wie sich ihre Repräsentanz erhöhen lässt?

Patzelt: Nur in 28 Ländern gibt es einen parlamentarischen Frauenanteil, der den deutschen erreicht oder über-

steigt. Wir stehen da also nicht allzu schlecht da. An der Spitze liegt – noch deutlich vor den übrigen nordischen Staaten – Schweden mit 45 Prozent Frauen, desgleichen manche zweite Kammer wie der Senat der Bahamas mit 44 Prozent Frauen. Generell ist eine Frauenquote das sicherste Mittel, viele Frauen ins Parlament zu bekommen.

Blickpunkt: Ein Bundestagsabgeordneter ist durchschnittlich 50 Jahre alt. Wie sieht es mit der Altersstruktur in anderen Parlamenten aus?

Patzelt: Kaum anders: Der durchschnittliche Abgeordnete ist immer noch ein Mann mit akademischem Hintergrund aus der Mittelschicht in seinen besten Jahren.

Blickpunkt: Was könnte der Bundestag im Ausland lernen? Mehr frei gehaltene Reden, mehr Diskussion, mehr Öffentlichkeit?

Patzelt: Der Bundestag dient den meisten anderen Parlamenten selbst als Maßstab. An Diskussion fehlt es diesem Arbeitsparlament keineswegs, und mehr wirklich frei gehaltene Reden im Plenum bringen kaum Vorteile. Es kommt nämlich auf griffige Formulierungen und auf knappe Präsentationen zentraler Entscheidungsgründe an, was beides nun einmal besser gelingt, wenn man sich seine Sätze vorher überlegt. Auch bietet der Bundestag jetzt schon mehr an Öffentlichkeit und Informationen, als die Bürgerschaft tatsächlich nutzt. Zu verbessern ist anderes: Den Bürgern ist vor Augen zu führen, dass man im Bundestag ihre Probleme wirklich kennt – und diese Probleme sind dann mit konstruktiver Politik zu lösen.

Prof. Dr. Werner J. Patzelt ist geschäftsführender Direktor des Instituts für Politikwissenschaft der TU Dresden.



In vorderster Front

Fraktionsvorsitzende im Bundestag

In der politischen Auseinandersetzung stehen die Vorsitzenden der derzeit fünf Fraktionen des Bundestages in vorderster Front. Sie gehören zu den einflussreichsten Mitgliedern des Parlaments und treten – neben den führenden Regierungsvertretern – in der Öffentlichkeit am häufigsten in Erscheinung. Sie sorgen für den Zusammenhalt ihrer Fraktion und haben in den wichtigsten Debatten für ihre Fraktionen in der Regel das erste Wort.

Die Chefs der Regierungsfractionen dienen als Schaltstelle zwischen der Regierungsspitze und den Abgeordneten. Sie vertreten zum einen den politischen Willen der Volksvertreter. Andererseits müssen sie dafür sorgen, dass im Parlament bei den Abstimmungen eine Mehrheit gesichert ist. In der Opposition stehen andere Aufgaben im Vordergrund: Kritik an der Regierung, aber auch das Erarbeiten und Aufzeigen inhaltlicher Alternativen.

Die Fraktionen sind nach der Geschäftsordnung Vereinigungen von Abgeordneten, die „derselben Partei oder solchen Parteien angehören, die auf Grund gleichgerichteter politischer Ziele in keinem Land miteinander im Wettbewerb stehen“. Sie können ihre interne Organisation weitgehend frei festlegen. Es haben sich aber bei allen Fraktionen ähnliche Strukturen herausgebildet. Der wichtigste Unterschied: Die Fraktion Die Linke, sowie die des Bündnisses 90/Die Grünen haben zwei gleichberechtigte Mitglieder an ihrer Spitze.

Zusammenarbeit im Vorstand Die Vorsitzenden haben eine je nach Fraktion unterschiedliche große Zahl an Stellvertretern, die für verschiedene Themen des politischen Geschäfts verantwortlich sind, etwa für die Finanzpolitik oder die Außenpolitik. In der praktischen Organisation der Frak-

tionsarbeit werden die Vorsitzenden von den Parlamentarischen Geschäftsführern unterstützt. Sie alle haben ihre eigenen Aufgabenbereiche, zum Beispiel die Verantwortung für Personal oder die Öffentlichkeitsarbeit. Eine besondere Schlüsselposition haben die Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer inne. Was sie fraktionsübergreifend vereinbaren, das gilt.

Der Vorsitzende, seine Stellvertreter, die Parlamentarischen Geschäftsführer und weitere Funktionsträger, etwa die Justitiare, bilden den Geschäftsführenden Fraktionsvorstand, der regelmäßig zu Beginn der Sitzungswochen und bei Bedarf auch an anderen Tagen zusammenkommt. Mindestens einmal pro Sitzungswoche tagt auch der Gesamtvorstand der Fraktionen. Er bereitet die Fraktionssitzungen vor, in denen die Gesamtfraktion ihre Position für die bevorstehenden Plenarsitzungen festlegt.

Volker Kauder (CDU/CSU)

Berufswunsch: Zirkusdirektor



Schlüsselfunktion in der Fraktion

Schon mit 16 tritt Volker Kauder der CDU bei. Bei seiner Hinwendung zur Politik lässt er sich von zwei Gedanken leiten, der Ablehnung der deutschen Teilung und der 68er-Bewegung, die nach seiner Meinung versucht hat, Gewalt zur Veränderung einzusetzen.

Nach dem Jura-Studium arbeitet er zunächst an der Universität Freiburg und wechselt dann in die Innenverwaltung des Landes Baden-Württemberg. Als stellvertretender Landrat des Kreises Tuttlingen setzt er sich besonders für die Förderung psychisch Kranker ein, „einer Gruppe, die in Teilen unserer Bevölkerung noch gar nicht als richtig krank anerkannt ist“.

Gleichzeitig steigt er in der Landes-CDU auf. Als Generalsekretär organisiert er erfolgreiche Wahlkämpfe und zieht 1990 in den Bundestag ein, wo er vier Jahre lang der Gruppe der baden-württembergischen CDU-Abgeordneten vorsitzt. 2002 beruft ihn die neue Fraktionsvorsitzende Angela Merkel in das Amt des Ersten Parlamentarischen Geschäftsführers, eine Schlüsselfunktion, die auch SPD-Fraktionschef Peter Struck lange innehatte. Im Januar 2005 wechselt er in das Amt des CDU-Generalsekretärs und wird im Herbst 2005 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Zirkusdirektor habe er eigentlich werden wollen, gesteht er auf seiner Homepage, wo er zusammen mit einem riesigen Bären abgebildet ist. Der Vermutung, er habe sich seinen Berufswunsch nun endlich erfüllt, widerspricht Volker Kauder allerdings: „Ich möchte etwas für die Gemeinschaft bewegen und gestalten, Dinge voranbringen, von denen ich überzeugt bin, und nicht allein das Publikum unterhalten.“

Auf den Unterhaltungswert kommt es bei der Aufgabe, die Kauder nun übernommen hat, weniger an. Aber er würde wahrscheinlich nicht ganz so vehement widersprechen, wenn man die Fraktionsvorsitzenden mit Dompfeuren vergliche. Schließlich müssen sie, gerade wenn sie einer Regierungspartei vorstehen, immer wieder den Dressurakt unternehmen, unterschiedliche Interessen unter einen Hut zu bringen.

Der neue Fraktionschef der CDU/CSU ist 1949 in Sinsheim bei Heidelberg geboren, wo seine aus Jugoslawien vertriebenen Eltern zunächst untergekommen sind. Sein Vater ist Lehrer und vertritt die CDU im Stadt-

und Kreisrat von Singen. Dort wachsen Volker und sein ein Jahr jüngerer Bruder Siegfried auf, der ihm später in den Bundestag folgen wird. Verheiratet ist Kauder seit 1976 mit der Kardiologin Elisabeth Kauder, Tochter des langjährigen Bundestagsabgeordneten Hermann Biechele.



CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag
11011 Berlin
Tel.: (0 30) 2 27-5 22 67
Fax: (0 30) 2 27-5 61 15
E-Mail: fraktion@cducsu.de
www.cducsu.de



Peter Struck (SPD)

Fans bei der Bundeswehr



Auch nach 25 Jahren Bundespolitik, trotz Dienstwagen, Flugbereitschaft und großem Stab, ist er in seinen Begegnungen mit anderen Menschen ganz locker geblieben. Peter Struck ist schnell per Du, trinkt beim Gespräch mit Soldaten das Bier aus der Flasche oder spielt bei der Bundeswehr in Sarajewo mit Hut und schwarzer Sonnenbrille den „Blues Brother“. So hat der promovierte Jurist und leidenschaftliche Motorradfahrer bei der Bundeswehr viele Fans gewonnen. Nun kehrt er in das Amt des Fraktionschefs zurück, das er widerstrebend vor drei Jahren verlassen musste.

Peter Struck, Jahrgang 1943, Sohn eines Autoschlossers aus Göttingen, tritt als 21-Jähriger in die SPD ein, studiert Jura und promoviert unmittelbar nach dem zweiten Staatsexamen mit einer Arbeit über jugendliche Alkoholtäter. Seine Berufstätigkeit beginnt in der Verwaltung in Hamburg, doch führt ihn seine kommunalpolitische Arbeit nach Uelzen, wo er zum Stadtrat und stellvertretenden Stadtdirektor gewählt wird. 1980 kandidiert er

mit Erfolg für den Bundestag. Er wird Mitglied im Finanzausschuss und profiliert sich als Obmann seiner Fraktion im Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der Flick-Parteispendenaffäre.

Erfolgreicher Bundesminister

Nach der Wahl 1990 rückt Struck zum Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer auf, erhält damit – wie der Berliner Journalist Robert Birnbaum

SPD-Fraktion
im Deutschen Bundestag
11011 Berlin
Tel.: (0 30) 2 27-5 50 66
Fax: (0 30) 2 27-5 60 85
E-Mail: frabuero@spdfraktion.de
www.spdfraktion.de



schreibt – die „Lizenz zum Strippenziehen“. In der Position arbeitet er so erfolgreich, dass er 1998 als Nachfolger von Rudolf Scharping zum Fraktionsvorsitzenden berufen wird. Nach Scharpings Entlassung als Verteidigungsminister folgt er ihm 2002 an die Spitze der Bundeswehr. Schneller als erwartet arbeitet sich der „Ungeiente“ in die neue Aufgabe ein, wo er unter anderem für die Auslandseinsätze der Soldaten verantwortlich ist. „Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt.“ Dieser Satz Strucks markiert eine neue deutsche Sicherheitspolitik.

Struck gilt als eines der erfolgreichsten Mitglieder der alten Bundesregierung. Die Süddeutsche Zeitung bescheinigt ihm, zu den „wenigen Politikern“ zu gehören, „die weder arrogant noch verschroben geworden sind“. Erfolgreich überwindet er im Jahr 2004 die Folgen eines Schlaganfalls. Bereits nach zehn Wochen meldet er sich zu seinem Dienst zurück. Peter Struck ist verheiratet und hat drei Kinder.



Wolfgang Gerhardt (FDP)

Solide und loyal



Die Frage nach seinem „größten Traum“ beantwortet er im Internet mit den Worten „Frieden überall auf der Welt“. Als Außenminister hätte er sicher gern daran gearbeitet, diesem Traum ein wenig näher zu kommen.

2002 und 2005 ist Wolfgang Gerhardt als Kandidat für das Auswärtige Amt in einer schwarz-gelben Koalition seinem Ziel ganz nahe. Doch in der Politik erfüllen sich Träume nur selten. Nach beiden Wahlen ist seine Partei zwar gestärkt, jedoch nicht in der Regierung. So ist er nun wieder Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, wenn auch nur bis Frühjahr 2006.

Gerhardt, Jahrgang 1943, ist auf einem kleinen Bauernhof im hessischen Vogelsbergkreis aufgewachsen, wie viele seiner Generation ohne seinen im Krieg gefallenen Vater. Das Studium der Erziehungswissenschaften, Germanistik und Politik schließt er mit der Promotion ab. Gleichzeitig beginnt er seine politische Laufbahn: Als 22-Jähriger tritt er der FDP bei und übernimmt Führungspositionen beim Liberalen Studentenbund und bei den Jungdemokraten.

Erfolg im Land

Durch seine Tätigkeit für die liberale Friedrich-Naumann-Stiftung, später für die beiden hessischen Innenminister Hanns-Heinz Bielefeld und Ekkehard Gries erwirbt er politisches Know-how. 1978 zieht er in den Landtag ein, bereits wenig später ergreift er die Chance und übernimmt den Vorsitz der Landespartei. Von 1987 bis 1991 amtiert Gerhardt als hessischer Minister für Wissenschaft und Kunst und stellvertretender Ministerpräsident.

Mit dem Erfolg im Land wächst Gerhardts bundespolitischer Ruf. Er wird Mitglied des Bundesvorstandes,

dann stellvertretender Vorsitzender. 1994 zieht er in den Bundestag ein und gilt wegen seiner Solidität und Loyalität als Hoffnungsträger der Partei. So wird er 1995 zum Parteivorsitzenden gewählt, um seine Partei auf Reformkurs zu bringen. Auf dem gleichen Parteitag wird Guido Westerwelle in seinem Amt als Generalsekretär bestätigt, der Mann, der ihn 2001 als Parteichef und im Mai 2006 als Fraktionsvorsitzender beerben wird.

Gerhardt wird 1998 Fraktionsvorsitzender, nachdem die FDP in die Opposition wechselte. Es gelingt ihm, die Fraktion auf diese neue Herausforderung einzustellen und neu zu motivieren. Als Fraktionsvorsitzender genießt Gerhardt parteiübergreifend hohen Respekt und wird 2004 sogar als Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten gehandelt.

FDP-Bundestagsfraktion
11011 Berlin
Tel.: (0 30) 2 27-5 23 78
Fax: (0 30) 2 27-5 67 78
E-Mail: pressestelle@fdp-bundestag.de
www.fdp-fraktion.de



Gregor Gysi und Oskar Lafontaine (Die Linke.)

Aus- und Einsteiger

Wenige deutsche Politiker haben eine so wechselvolle Laufbahn hinter sich wie die beiden Männer an der Spitze der Fraktion Die Linke. Gregor Gysi und Oskar Lafontaine. Beide haben Erfolge, Rückschläge und körperliche Belastungen überstanden, sind aus der großen Politik aus- und nun erneut in die Bundespolitik eingestiegen.

Comeback mit der Linkspartei

Gregor Gysi, Jahrgang 1948, entstammt einer alteingesessenen Berliner Familie mit jüdischen Vorfahren. Sein Vater Klaus war Kulturminister der DDR. Gysi tritt mit 19 in die SED ein, studiert Rechtswissenschaften. Als Anwalt vertritt er auch systemkritische Bürger und macht sich damit über die Grenzen der DDR hinaus einen Namen.

Nach dem Zusammenbruch der alten DDR-Führung wird Gysi Ende 1989 Vorsitzender der SED, von 1990 bis 1993 ihrer Nachfolgerin PDS. Er führt von 1990 bis 1998 die PDS-Gruppe, ab 1998 die PDS-Fraktion im Bundestag. Anfang 2002 scheidet er im Zuge der Koalitionsbildung im Berliner Senat aus dem Bundestag aus.

Seinen Rückzug aus der ersten Reihe der Politik verkündet er nach einer Abstimmungsniederlage auf dem PDS-Parteitag im Jahre 2000. Doch nach einer erfolgreichen Kandidatur bei den Abgeordnetenhauswahlen in Berlin 2001 steigt er als Wirtschaftsminister der rot-roten Koalition erneut in die Politik ein, allerdings nur für ein halbes Jahr. Grund für seinen Rücktritt ist die private Inanspruchnahme von Bonusmeilen für dienstliche Flüge. Der eloquente Anwalt lässt danach – auch geschwächt durch eine Herzkrankheit – lange offen, ob er sich noch einmal zur Verfügung stellen wird. Doch bei Bildung der Linkspartei kann er 2005 nicht mehr Nein sagen.

Ein ebenso leidenschaftlich politischer Mensch ist sein neuer Partner Oskar Lafontaine, Jahrgang 1943. Sein

Vater fällt im Zweiten Weltkrieg, er studiert mit Hilfe eines Stipendiums Physik und macht 1969 sein Diplom.

Bereits 1966 ist der Katholik der SPD beigetreten, weil er den Anspruch des Christentums in der CDU nicht verwirklicht sieht. Eine steile Parteikarriere führt ihn über das Amt des Oberbürgermeisters von Saarbrücken und des saarländischen Ministerpräsidenten an die Spitze der SPD. Trotz eines Attentats durch eine geistesgestörte Frau, bei dem er eine Stichwunde am Hals davonträgt, wird er Spitzenkandidat der SPD bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl. Er kritisiert die deutsche Einheit als schlecht vorbereitet und erfährt nicht zuletzt deshalb eine Wahlniederlage. Er verzichtet auf den ihm trotzdem angebotenen Parteivorsitz, bleibt aber Mitglied der engeren Parteiführung.

Kritik

an Regierungspolitik
Auf dem SPD-Parteitag 1995 setzt er sich in einer Kampf Abstimmung um den Parteivorsitz gegen den bisherigen Parteichef Rudolf Scharping durch. Unter Lafontaines Führung wird die SPD 1998 wieder stärkste Partei. Er hat dem Rivalen Gerhard Schröder die

Kanzlerkandidatur überlassen und tritt als Finanzminister in dessen Kabinett ein. Wenige Monate später tritt er überraschend von allen Ämtern zurück, weil er in der Politik des Kanzlers eine Abkehr von den Wahlaussagen der SPD sieht. In der Folge äußert er sich sehr kritisch über die Regierungspolitik, doch erst 2005 tritt er aus der SPD aus, wendet sich der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit zu, in der sich viele ehemalige SPD-Mitglieder zusammengefunden haben. Er regt eine Zusammenarbeit mit der PDS an, die schließlich zur Bundestagswahl 2005 zustande kommt.

Bundestagsfraktion
Die Linke.
11011 Berlin
Tel.: (0 30) 2 27-7 12 48
Fax: (0 30) 2 27-7 62 48
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
www.linksfraktion.de

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG



Renate Künast und Fritz Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)

Durchsetzungsfähig und beredt



der Bundespartei. Sie ist zu jener Zeit Fraktionsvorsitzende der Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus, Kuhn hat dieselbe Position im Landtag von Baden-Württemberg inne.

In der BSE-Krise im Januar 2001 muss sie das höchste Parteiamt bereits wieder verlassen, weil sie das neu strukturierte Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft übernimmt. Sie hat es in der Folge geschafft, den Verbraucherschutz auf die politische Agenda der Republik zu setzen und zu einem Markenzeichen der Grünen zu machen.

Vordenker

des Realo-Flügels
Ihr Partner Fritz Kuhn, in Bad Mergentheim geboren und im Allgäu aufgewachsen, hat Germanistik und Philosophie in München und Tübingen studiert. Sein politisches Engagement gründet sich in der Umweltbewegung und im Widerstand gegen die Atomkraft. Er tritt der SPD bei, verlässt sie 1978 aber wieder „wegen des unerbittlichen Atomkurses von Helmut Schmidt“. Wenig später gehört er zu den Gründern der Grünen zunächst in Baden-Württemberg, dann auch im Bund. 1984 wird er in den Landtag gewählt, wo er sogleich zum Fraktionschef arriviert.

Er macht sich einen Namen als „Vordenker des südwestdeutschen Realo-Flügels“, wie es in der Presse heißt. Aus beruflichen Gründen tritt er zur nächsten Wahl nicht mehr an, mit der Begründung, es sei „nicht gerade eine verlockende Perspektive, in einer Partei Berufspolitiker zu werden, die explizit keine Berufspolitiker haben wolle“. Er übernimmt Lehraufträge und erhält 1989 eine Professur an der Stuttgarter Merz-Akademie.

Die Politik lässt ihn aber nicht los. Er kehrt 1992 in den Landtag auf den Fraktionsvorsitz zurück, den er schließlich 2000 zugunsten des gemeinsamen Parteivorsitzes mit Renate Künast, später dann mit Claudia Roth, aufgibt.

Durchsetzungsfähigkeit, Beredsamkeit und Hartnäckigkeit – Eigenschaften, die die beiden gleichberechtigten Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen neben ihrem gemeinsamen Geburtsjahrgang 1955 verbinden. Dass sie zu zweit etwas erreichen können, haben sie in ihrer Partei in der Zeit als Doppelspitze der Partei 2000 schon bewiesen. „Der Modernisierung eine Richtung geben“, heißt es seitdem für die Grünen.

Erfahrene Unterhändlerin
Renate Künast stammt aus einer Arbeiterfamilie in Recklinghausen. Schon früh lernt sie, sich durchzusetzen, zunächst gegen die eigenen Eltern, denen sie die Erlaubnis abtrotzt, statt der Haupt- die Realschule zu besuchen. Nach der Ausbildung zur Sozialarbeiterin arbeitet sie zwei Jahre lang in einer Berliner Männer-Justizvollzugsanstalt vor allem mit Drogenabhängigen. 1985 schließt sie ihr Jurastudium ab und arbeitet später als Rechtsanwältin.

Schon 1979 ist die Atomkraftgegnerin in die Berliner Grün-Alternative Liste eingetreten. Seit 1982 hat sie wechselnde Positionen in ihrer – 1993

mit den Bündnisgrünen zusammengeschlossenen – Partei und deren Abgeordnetenhausfraktion inne. Dabei festigt sich ihr Ruf als pragmatische Parteilinke und erfahrene Unterhändlerin, so dass sie nach der Bundestagswahl 1998 in die Kommission für die Koalitionsverhandlungen mit der SPD berufen wird. Die Bundespolitik steht ihr schon jetzt offen. Sie aber entscheidet sich zunächst noch für Berlin.

Im Jahr 2000 bewirbt sie sich mit ihrem heutigen Kollegen Fritz Kuhn um den gemeinsamen Parteivorsitz in

Bundestagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen
11011 Berlin
Tel.: (0 30) 2 27-5 67 89
Fax: (0 30) 2 27-5 65 52
E-Mail:
info@gruene-bundestag.de
www.gruene-bundestag.de



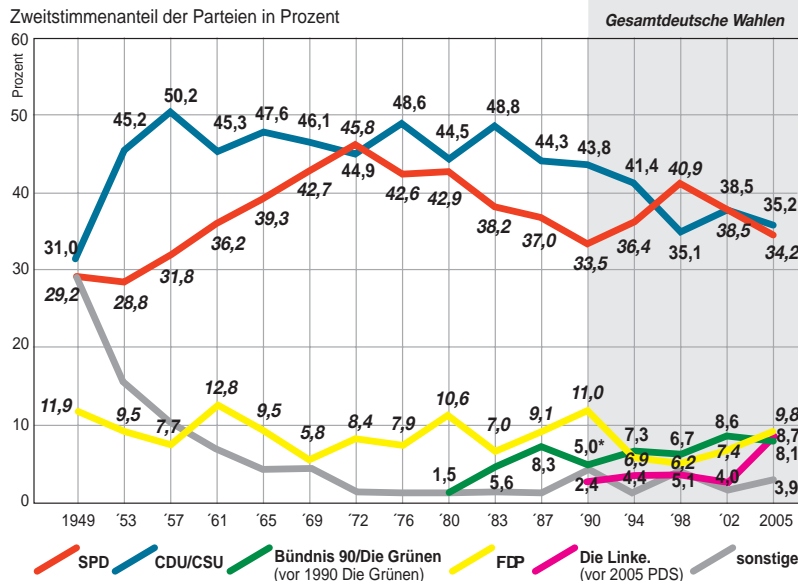
Bundestagsfraktion

Wahlstatistik 2005

Die Wahl in Zahlen

Wahlbeteiligung	77,7 Prozent
Anteil ungültige Erststimmen	1,8 Prozent
Anteil ungültige Zweitstimmen	1,6 Prozent
Briefwähleranteil	18,6 Prozent

Bundestagswahlen 1949 bis 2005



* Summe des Zweitstimmenanteils der getrennt angetretenen westdeutschen Grünen (3,8) und des ostdeutschen Wahlbündnisses Bündnis 90/Grüne (1,2). Aufgrund der für ostdeutsche und westdeutsche Länder separaten Sperrklausel (5 Prozent) zog Bündnis 90/Grüne mit 8 Mandaten in den Bundestag ein, während die Grünen (West) den Einzug verfehlten.

Weitere Wahlergebnisse

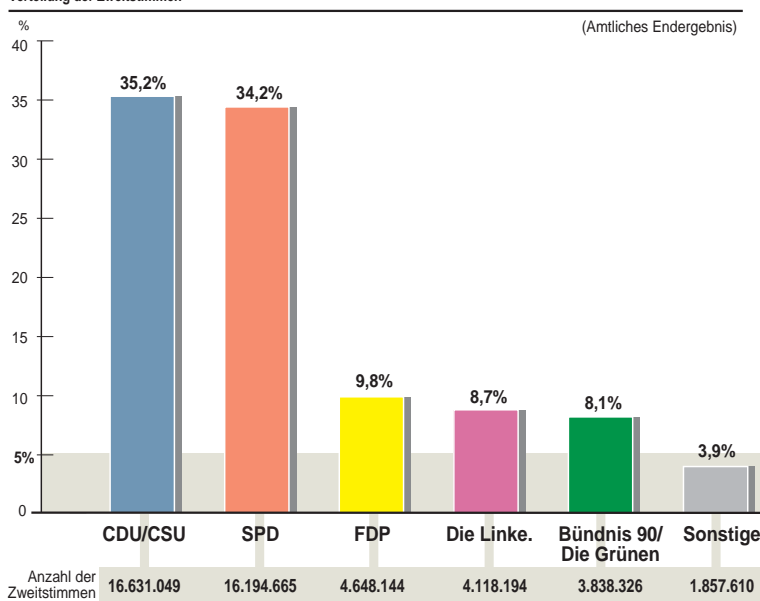
Ergebnisse der Parteien, die an der Sperrklausel (5 Prozent) gescheitert sind (erzielte Zweitstimmen).

Partei	Anzahl	Prozent
Offensive D	3.338	< 0,1
REP	266.101	0,6
NPD	748.568	1,6
Die Tierschutzpartei	110.603	0,2
GRAUE	198.601	0,4
PBC	108.605	0,2
DIE FRAUEN	27.497	0,1
FAMILIE	191.842	0,4
BüSo	35.649	0,1
BP	35.543	0,1
ZENTRUM	4.010	< 0,1
Deutschland	9.643	< 0,1
AGFG	21.350	< 0,1
APPD	4.233	< 0,1
50Plus	10.536	< 0,1
MLPD	45.238	0,1
Die PARTEI	10.379	< 0,1
PSG	15.605	< 0,1
Pro DM	10.269	< 0,1

Weitere Informationen unter www.bundeswahlleiter.de

Die Wahl zum 16. Deutschen Bundestag

Verteilung der Zweitstimmen



Impressum

Herausgeber: Deutscher Bundestag

Verantwortlich:

Referat Öffentlichkeitsarbeit, Stefan Thomas

Gestaltung und Redaktion:

MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH, Berlin

Druck: Koelblin Fortuna, Baden-Baden

Fotos und Grafiken:

Deutscher Bundestag, Karl-Heinz Döring, studio kohlmeier, Werner Patzelt, Picture-Alliance

Stand: 31. Januar 2006

© Deutscher Bundestag, Berlin 2006

www.bundestag.de

Alle Rechte vorbehalten.

Die Publikation wird vom Deutschen Bundestag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Sie ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.